

## **Dieselfahrverbote: Städte müssen handeln!**

*Osnabrück.* Für viele kam die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vergangenen Dienstag wie ein Paukenschlag. Dieselfahrverbote sind nun möglich. Für Bürger\*innen und Betriebe wäre das ein drastischer Eingriff in den Alltag. Deshalb wird die öffentliche Diskussion zurzeit sehr emotional geführt.

„Hauptverantwortlich für die erhöhte Belastung der Innenstädte sind aber keineswegs die Besitzer\*innen von Diesel-PKW, sondern das Kartell der Automobilindustrie.“, stellt Giesela Brandes-Steggewentz klar.

Ein sofortiges Verbot von Dieselfahrzeugen in Osnabrück ist daher unfair gegenüber den Verbraucher\*innen. „Die Automobilindustrie muss endlich die versprochenen Abgaswerte bei ihren PKWs einhalten – was dafür an Umrüstung erforderlich ist, muss ausnahmslos von der Auto-Lobby finanziert werden.“, betont Brandes-Steggewentz. „Es kann nicht sein, dass die Automobilkonzerne betrügen, über Jahre Milliardengewinne einfahren und sich anschließend komplett aus der Verantwortung ziehen. Die Bürger\*innen, das Handwerk und kleine und mittelständische Unternehmen dürfen nun nicht die Leidtragenden einer verfehlten Politik der letzten Jahrzehnte sein.“, fordert Brandes-Steggewentz.

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts macht aber auch deutlich, dass die Städte nun endlich handeln müssen. „Im Zuge des Luftreinhalteplans werden wir nun in den städtischen Gremien diskutieren, mit welchen Maßnahmen wir die Stickoxide reduzieren können. Dabei gilt es vor allem den ÖPNV zu stärken und den Radverkehr attraktiver zu gestalten.“, äußert sich Brandes-Steggewentz. Weiter: „Auch über LKW-Durchfahrtsverbote und eine Stadtbahn für Osnabrück sollte dabei ernsthaft nachgedacht werden.“

„Es ist nun an der Zeit, dass die von Landes- und Bundesebene versprochene Unterstützung der Kommunen kommt. Nur durch massive Investitionen in nachhaltige Verkehrsalternativen werden wir die Probleme lösen können. Das große Projekt des fahrscheinlosen ÖPNV muss jetzt ernsthaft in Angriff genommen werden. Es reicht nicht aus, wenn die Bundesregierung dieses zur Herausforderung potentieller Strafzahlungen an die Europäische Union missbraucht.“, betont Brandes-Steggewentz. Weiter: „Wenn sich aber keine Besserung der Stickoxidwerte einstellt, dann werden sich Dieselfahrverbote nun nicht mehr vermeiden lassen. Daher brauchen wir nachhaltige Mobilitätsalternativen für alle Bürger\*innen.“

Mit Hinblick auf den nun in Niedersachsen geplanten Diesel-Gipfel am 19. März lässt sich nur hoffen, dass geplante Gegenmaßnahmen, wie zum Beispiel die Erarbeitung neuer Konzepte für den ÖPNV und eine intelligente Verkehrslenkung, endlich den Weg in die Praxis finden. Auch weitere Vorschläge, wie die Modernisierung von Linienbussen und Ausbau der Radwege sowie der Elektromobilität, müssen von der Landesregierung endlich ausreichend gefördert und durchgesetzt werden.